

Politische Teilhabe älterer Bürgerinnen und Bürger stärken

Mitdenken, Mitgestalten und Mitentscheiden

BAGSO-Fachtagung
3. November 2020 – online

Politische Teilhabe älterer Bürgerinnen und Bürger stärken – Mitdenken, Mitgestalten und Mitentscheiden

Die politische Teilhabe älterer Menschen reicht vom politischen Engagement in Wahlämtern und Parlamenten über die Mitwirkung in Seniorenvertretungen und Altenparlamenten bis hin zum Engagement in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen. Verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerdialoge oder Bürgerräte bieten ebenfalls Möglichkeiten der Partizipation. Schließlich gewinnen digitale Formen der politischen Mitwirkung an Bedeutung.

Die Erfahrungen in der Corona-Zeit machen einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, dass ältere Menschen gehört und an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Wie kann die politische Teilhabe älterer Menschen sichergestellt werden? Welche Perspektiven ergeben sich für die Vertretung der Interessen älterer Menschen? Und inwieweit müssen sich Verbände und Vereine weiter-

entwickeln, um dem Bedürfnis nach Mitgestaltung und Mitentscheidung gerecht zu werden? Diese Fragen standen im Fokus der BAGSO-Fachtagung.

„Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, ältere Menschen an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Auch mit Blick auf die Kontaktbeschränkungen ist es notwendig, dass die Anliegen und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren gehört werden.“ Mit dieser Feststellung von Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, begann die BAGSO-Fachtagung am 3. November 2020. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die politische Teilhabe älterer Menschen gestärkt werden kann – in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus. Angesichts steigender Infektionszahlen mit dem

„Es gibt ein großes Potenzial unter den Älteren, und wir wollen Lust machen auf politische Beteiligung.“

Franz Müntefering, Vorsitzender der BAGSO

Corona-Virus fand der Austausch in digitaler Form statt. Rund 160 Aktive aus den BAGSO-Mitgliedsverbänden hatten sich im Vorfeld registriert. Sie konnten die Referate und Diskussionsrunden am Bildschirm verfolgen, sich in einem Chat beteiligen und Fragen stellen.

„Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, ältere Menschen an politischen Entscheidungen zu beteiligen.“

Juliane Seifert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Politische Teilhabe erfordert Teilnahme

Franz Müntefering, der Vorsitzende der BAGSO, machte in seiner Begrüßung deutlich, dass die politische Teilhabe Älterer zunehmend an Bedeutung gewinne. Er verwies darauf, dass die Zahl der Menschen, die über 65 Jahre alt sind, derzeit bei etwa 20 bis 22 Prozent liegt und in den kommenden zehn Jahren weiter ansteigen wird. Angesichts dieser demografischen Entwicklung sei es wichtig, langfristig und über Legislaturperioden hinweg zu denken, sagte Müntefering.

Er erinnerte daran, dass zur politischen Teilhabe auch die Teilnahme gehört: „Die Demokratie lebt davon, dass sich viele

einbringen, ob im Austausch mit anderen, in konkretem Engagement oder der Übernahme von Verantwortung in einem Wahlamt.“ Es gebe unter den Älteren ein großes Potenzial, stellte der BAGSO-Vorsitzende fest und warb für politische und gesellschaftliche Beteiligung, um die Demokratie zu stärken.

Demokratie neu denken! Vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung

Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal lenkte in seinem Referat den Blick zunächst auf die Herausforderungen, vor denen westliche Demokratien stehen. In vielen Ländern gebe es rechtspopulistische und autoritäre Strömungen, so der Politikwissenschaftler, der auch Sprecher des Netzwerks Bürgerbeteiligung ist. Politische Institutionen erlebten einen Vertrauensverlust, und in einigen Staaten wirke zudem die Corona-Pandemie als Beschleuniger für krisenhafte Entwicklungen. Ein weiteres Problem sei, dass die Parlamente nicht repräsentativ seien – unter den Abgeordneten gebe es zu wenig Frauen und zu wenig Ältere, und es herrsche eine soziale Schiefelage im Vergleich zur Bevölkerung.

„Die Entwicklung in Richtung vielfältiger Demokratie hat die Handlungspalette für Ältere enorm erweitert.“

Prof. Dr. Roland Roth, Sprecher des Netzwerks Bürgerbeteiligung

Doch gebe es auch positive Entwicklungen, betonte Roth: „Die Demokratie ist vielfältiger geworden. Wir haben nicht nur repräsentative Formate, sondern auch viele andere.“ Neben der repräsentativen, der direkten und der deliberativen/dialogischen Demokratie zählten zu den Handlungsfeldern auch Initiativen, Proteste und soziale Bewegungen, Mitsprachemöglichkeiten in Heimen und anderen Einrichtungen („Alltagsdemokratie“) sowie bürgerschaftliches Engagement.

Der zentrale Treiber dieser Innovationen sei die Bürgerschaft selbst: „Die Bevölkerung formuliert Beteiligungsansprüche, und sie hat das Bewusstsein, kompetent genug zu sein, etwas mitzugestalten.“ Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers hat die ältere Generation an diesen Entwicklungen einen erheblichen Anteil. Auch die Handlungspalette der Älteren habe sich dadurch enorm erweitert. Abschließend mahnte Roth, das Thema Generationengerechtigkeit nicht zu vergessen: „Wir sollten in unseren Organisationen nicht nur in den Kategorien einer versäulten, altersspezifischen Politik denken, sondern mehr denn je nach Schnittmengen und Gemeinsamkeiten zwischen den Generationen suchen, um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern.“

Sozial vernetzt und lokal verankert: Engagement in Bewegungen und Gremien

Bereits jetzt engagieren sich ältere Menschen in vielfältiger Weise. Sie sind in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen aktiv, wirken in Seniorenvertretungen und Altenparlamenten mit und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung in demo-

kratischen Parteien und Wahlämtern. Doch wie sieht ihre politische Arbeit konkret aus? Und was kann sie bewirken? Um diese Fragen ging es bei einer Podiumsdiskussion mit vier Expertinnen und Experten, die aus der Praxis berichteten.



„Uns verbinden Enthusiasmus, ein starker Wille und eine gemeinsame Vision: Wir setzen uns für eine enkeltaugliche Zukunft ein.“

Uta Saenger, Omas gegen Rechts, Regionalgruppe Hannover

Uta Saenger stellte die Omas gegen Rechts vor, eine überparteiliche Bewegung, die in Deutschland vor knapp drei Jahren entstand und seither großen Zulauf hat. Entscheidend für das Engagement der älteren Frauen sei ihre Haltung, sagte Saenger, die zur Regionalgruppe Hannover gehört: „Uns verbinden Enthusiasmus, ein starker Wille und eine gemeinsame Vision: Wir setzen uns für eine enkeltaugliche Zukunft ein.“ Die Omas gegen Rechts organisieren Mahnwachen, Proteste und andere öffentliche Aktionen. Sie treten rechten Parolen, Gruppen und Parteien entgegen und solidarisieren sich mit Menschen mit Migrationshintergrund oder jüdischen Glaubens, die aktuell vielen Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind. „Gerade im Alter haben wir die Freiheit und auch die Verantwortung, unsere politische Meinung zu äußern und aktiv zu werden“, sagte Saenger. Vielen Frauen, aber auch Männern, die sich den Omas gegen

Rechts angeschlossen haben, falle dies in einer Bewegung leichter als in einer Partei oder in einem Verband.



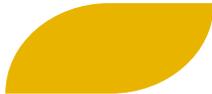
„Wir sind spontan, kreativ und damit in gewisser Weise auch unberechenbar. Das macht unsere Stärke aus“

Mechthild Exner-Herforth, Maria 2.0, Gruppe Hildesheim

Bestätigt wurde diese Einschätzung von Mechthild Exner-Herforth aus Hildesheim, die sich in der bundesweiten Fraueninitiative Maria 2.0 für Reformen in der katholischen Kirche einsetzt. Das Besondere sei, dass es sich um eine Graswurzelbewegung handele, sagte Exner-Herforth. „Wir sind kein Verband mit einer Mission und langen Abstimmungsprozessen. Sondern die Frauen, die hinter unseren Forderungen stehen, sind vor Ort selbst aktiv – so, wie sie es wollen und können.“ So organisierte etwa die Hildesheimer Gruppe von Maria 2.0 anlässlich der Herbstvollversammlung der Bischöfe in Fulda Ende September eine Demonstration. „Wir sind spontan, kreativ und damit in gewisser Weise auch unberechenbar – das macht unsere Stärke aus gegenüber Verbänden, die in gewisser Weise berechenbar sind“, so Exner-Herforth, die lange als Präsidentin eines Verbands arbeitete.

Doch nicht nur durch Bewegungen lässt sich etwas erreichen, sondern auch durch Gremienarbeit. Jens-Peter Kruse, der dem Vorstand der BAGSO angehört, schilderte seine Erfahrungen als Mitglied des Senio-

renbeirats in Hannover. Das Gremium wird alle fünf Jahre von den älteren Bürgerinnen und Bürgern der niedersächsischen Landeshauptstadt gewählt und hat beratende Funktion für Politik und Verwaltung. Die 13 Mitglieder des Beirats beschäftigen sich mit lebensalltäglichen Fragen, wie Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, aber auch mit grundsätzlichen Dingen, wie kostenlosen Angeboten für Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen, berichtete Kruse. Der Seniorenbeirat wolle dazu beitragen, dass Hannover „eine Stadt für alle Lebensalter“ werde. Allerdings erfordere dies einen langen Atem: „Die Interessen der Älteren stehen nicht ganz oben auf der Agenda der Kommunalpolitik. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Seniorenbeirat diese Interessen immer wieder einbringen.“



„Die Interessen der Älteren stehen nicht ganz oben auf der Agenda der Kommunalpolitik. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Seniorenbeirat diese Interessen immer wieder einbringen.“

Jens-Peter Kruse, Mitglied im Seniorenbeirat Hannover

Derzeit gibt es bundesweit 1.300 Seniorenvertretungen, in denen ältere Menschen vor Ort Politik mitgestalten können. Zur Arbeit auf Landesebene äußerte sich Dr. Jan Steinhaußen, der Geschäftsführer des Landesenseniorenrats Thüringen. Das Gremium sei personell und finanziell gut ausgestattet

und seine vielfältigen Aufgaben seien im Thüringer Seniorenmitwirkungs-gesetz festgelegt: So unterstütze der Landesseniorenrat unter anderem die kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten, stelle Informationen für ältere Menschen in Thüringen bereit, berate die Landesregierung und wirke in Gremien wie dem Landespflegeausschuss mit. Steinhaußen räumte allerdings ein, dass die politischen Prozesse sehr langsam seien und dass sich Gesetzgebungsverfahren nur schwer beeinflussen ließen. Wirksamkeit lasse sich jedoch nicht nur am Ergebnis messen, ebenso wichtig sei der Weg zu einer Entscheidung: „Dabei geht es auch um Transparenz, um die Politisierung von Menschen, darum, dass sie sich engagieren und im politischen Prozess so etwas wie Selbstwirksamkeit empfinden.“

„Entscheidend ist nicht nur das Ergebnis. Es geht auch darum, dass Menschen im politischen Prozess so etwas wie Selbstwirksamkeit empfinden.“

*Dr. Jan Steinhaußen,
Landesseniorenrat Thüringen*

Die Frage der Wirksamkeit von Bewegungen und Gremien wurde auch von Teilnehmenden im Chat aufgeworfen. Uta Saenger antwortete darauf, Bewegungen seien besonders geeignet, um eigene Erfahrungen und Potenziale einzubringen und Selbstwirksamkeit zu erleben. Dr. Jan Steinhaußen plädierte für mehr soziale Bewegungen im ländlichen Raum, weil dort die Institutionen schwach ausgeprägt seien. Und Jens-Peter

Kruse sprach sich für ein Miteinander aus: „Bewegungen und Institutionen sind immer dann gut, wenn sie kommunizierende Röhren sind.“

„Wir sollten uns bewusster werden über die Generationsproblematik und die Aufgaben, die generationsübergreifend daraus erwachsen.“

*Prof. em. Dr. Emanuel Richter,
Institut für Politische Wissenschaft,
RWTH Aachen*

Senioren-demokratie – Aufbruch in ein neues Zeitalter?

Was bedeutet die steigende Zahl von Älteren für die Demokratie? Dieser Frage ging Professor em. Dr. Emanuel Richter von der RWTH Aachen nach. Der Politikwissenschaftler hat zu diesem Thema ein Buch geschrieben, das im Frühjahr 2020 unter dem Titel „Senioren-demokratie“ im Suhrkamp Verlag erschienen ist. In seinem Referat verwies Richter zunächst auf Schreckensszenarien infolge der demografischen Entwicklung, wie zum Beispiel eine Gerontokratie, in der sich „Alte an ihre Ämter klammern“, oder eine Herrschaft von „älteren gut gebildeten und gut situierten Wutbürgern“, die die Jüngeren dominieren.

Sein Szenario sei hingegen das einer partizipativen Demokratie, und damit dies gelinge, seien verschiedene Faktoren zu beachten. „Wir müssen uns kritisch mit Bildern vom Altern auseinandersetzen“, forderte Richter.

Außerdem müsse die dramatische soziale Spaltung innerhalb der älteren Generation stärker in den Blick genommen werden. Der „soziale Spaltpilz“ stelle eine Gefahr für die Demokratie dar. Die vielfältigen Formen politischen Engagements von Älteren, die es bereits gebe, nützten hingegen der Demokratie, so der Politikwissenschaftler.

Richter plädierte außerdem dafür, sich stärker mit dem Thema Generationenvertrag auseinanderzusetzen, denn die Frage, wie verschiedene Generationen zueinander stehen, sei in allen Gesellschaften „ein Riesenproblem“. „Wir als Seniorinnen und Senioren sollten uns bewusster werden über die Generationsproblematik, über die daraus entstehenden Spannungen und über die Aufgaben, die generationsübergreifend daraus erwachsen.“ Als Beispiel nannte der Politikwissenschaftler die Diskussionen über Klima, Nachhaltigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur: „Wir sind aufgerufen, in diesen Debatten sehr viel intensiver Rücksicht zu nehmen und uns zu fragen, was wir für nachwachsende Generationen tun können.“ In den Generationsdiskursen dürfe es nicht nur um die Interessen der jeweiligen Altersgruppen gehen, mahnte der Wissenschaftler. „Wir sollten vielmehr mit unserer Lebenserfahrung und unserer politischen Urteilskraft zu den großen Menschheitsfragen klar Stellung beziehen.“

Seniorenmitwirkung – Perspektiven organisierter Interessenvertretung

Das Thema Seniorenmitwirkung auf kommunaler und Landesebene wurde am Nachmittag in einem Gespräch der Moderatorin Silke Leicht mit zwei Expertinnen noch einmal vertieft. Barbara Eifert, wissenschaftliche

Beraterin für die Landessenorenvertretung Nordrhein-Westfalen, wies darauf hin, dass die Interessenvertretung durch Freiwilligkeit gekennzeichnet sei – es sei freiwillig, ob eine Kommune dies wolle, und auch das Engagement der Seniorinnen und Senioren in diesen Gremien sei freiwillig. In Nordrhein-Westfalen gebe es in mehr als 40 Prozent der Kommunen Interessenvertretungen.



„Wir brauchen einen Konsens darüber, dass man diese Partizipation auch will – sei es auf kommunaler oder auf Landesebene.“

Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der Landessenorenvertretung NRW

Vier Bundesländer haben Seniorenmitwirkungsgesetze verabschiedet: Berlin (2006), Mecklenburg-Vorpommern (2010), Hamburg und Thüringen (2012). Eifert befürwortete gesetzliche Grundlagen, da diese Verbindlichkeit und Wertschätzung ausdrückten. Doch reichten Gesetze allein nicht aus, unabdingbar sei vielmehr „ein Konsens darüber, dass man diese Partizipation auch will – sei es auf kommunaler oder auf Landesebene“.

Dr. Christine von Blanckenburg, Bereichsleiterin Bürgergesellschaft im nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, bestätigte diese Einschätzung. Selbst wenn ein Seniorenmitwir-

kungsgesetz existiere, sei eine professionelle Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen von zentraler Bedeutung. Sie betonte, dass die Mitwirkung von Seniorenvertretungen und Seniorenbeiräten aus den Kommunen heraus wachsen sollte. Es sei daher „überfällig, dass wir von den derzeitigen windelweichen Formulierungen wenigstens zu Kann-Bestimmungen übergehen“.

„Wir müssen bei der Mitwirkung von den derzeitigen windelweichen Formulierungen wenigstens zu Kann-Bestimmungen übergehen.“

*Dr. Christine von Blanckenburg,
nexus Institut für Kooperations-
management und interdisziplinäre
Forschung*

Bei einer kurzen Online-Befragung der Teilnehmenden der Tagung stimmte die Mehrheit dafür, die Seniorenmitwirkung gesetzlich zu verankern. Im Chat gab es weitere Plädoyers für eine gesetzliche Regelung der Seniorenvertretung in den Kommunen. Gefordert wurde auch ein Mitspracherecht in Ausschüssen, Altenhilfe als Pflichtaufgabe sowie Seniorenbeauftragte und Seniorenbüros, um die Interessenvertretung in der kommunalen Verwaltung zu verankern. Zudem sollten Menschen mit Migrationshintergrund in den Gremien stärker vertreten sein.

Neue Wege: Zukunft der politischen Teilhabe

Die zweite Podiumsdiskussion der Fachtagung richtete den Blick in die Zukunft: Gibt es neue Wege der politischen Teilhabe? Was können wir aus den bisherigen Erfahrungen lernen? Carolina Brauckmann, die Vorsitzende des Dachverbandes Lesben und Alter, verwies darauf, dass die Lesben- und Schwulenbewegung in den vergangenen 50 Jahren viel erreicht habe. Dies sei auch den organisierten Interessenvertretungen zu verdanken, die sich im Laufe der Zeit gebildet hätten. Es sei jedoch nicht einfach, Menschen für diese Verbandsarbeit zu gewinnen, lesbische Frauen stünden dieser Form des politischen Engagements noch skeptischer gegenüber als schwule Männer.

„Ohne organisierte Interessenverbände wären wir in der Schwulen- und Lesbenbewegung nicht da, wo wir heute sind.“

*Carolina Brauckmann, Vorsitzende
des Dachverbandes Lesben und Alter*

Die Bundesvorstandssprecherin des Vereins Mehr Demokratie, Claudine Nierth, sprach sich für neue Formate aus, um die Bevölkerung stärker an Entscheidungen zu beteiligen. Eine Möglichkeit sei zum Beispiel ein losbasierter Bürgerrat, der über eine spezifische Frage diskutiere und dann eine Empfehlung an die Politik abgebe. In Irland habe sich dieses Instrument bewährt,

als es um liberalere Regelungen bezüglich Abtreibung und Homo-Ehe ging. In Deutschland sei das Instrument erstmals in 2019 erprobt worden – mit großem Erfolg. Nierth beklagte, es gebe zu viele Spaltungen in „Freund-Feind, Gut-Böse, Rechts-Links, Oben-Unten, Reich-Arm, Alt-Jung“. Stattdessen brauche es Formate, „wo alle an einen Tisch kommen und Andersdenkende integriert werden“. Die Empfehlung eines Bürgerrats sei umso besser, je diverser er zusammengesetzt sei.



„Wir brauchen Formate, wo alle an einen Tisch kommen und Andersdenkende integriert werden.“

*Claudine Nierth, Bundesvorsands-
sprecherin des Vereins Mehr Demo-
kratie*

„Ich habe nichts dagegen, dass das Parlament auch den Rat des Bürgerrats einholt“, sagte Franz Müntefering. Zugleich bekräftigte der BAGSO-Vorsitzende die Rolle des verfassten Staats: „Legislative, Exekutive, Rechtsprechung und freie Medien sind im Wesentlichen für Freiheit und Gerechtigkeit verantwortlich.“ Über die Solidarität werde hingegen vor Ort entschieden, und beides müsse gemeinsam betrachtet werden: „Der verfasste Staat und die Demokratie als Lebensform vor Ort gehen zusammen.“ Müntefering sagte, es sei zu überlegen, ob nicht – analog zum Kinder- und Jugendhilfegesetz – ein Altenstrukturgesetz notwendig sei, das den Kommunen in der

Seniorenpolitik bestimmte Pflichtaufgaben zuweise. „Das heißt nicht, wir wollen was für uns“, stellte der BAGSO-Vorsitzende klar, „sondern wir wollen sachkundig, fachkundig, beratend dazu beitragen, dass es eine Entscheidung gibt, die letztlich für die ganze Bevölkerung von Bedeutung ist“.

Dagmar Vogt-Janssen, die Leiterin des Fachbereichs Senioren der Landeshauptstadt Hannover, unterstützte diese Forderung. Um die politische Teilhabe auf kommunaler Ebene zu verbessern, sei es dringend notwendig, die Altenhilfe zur Pflichtaufgabe zu machen, dann könnten die Kommunen ganz anders agieren. Vogt-Janssen empfahl Städten und Gemeinden noch stärker „sozialräumlich zu denken“ und zum Beispiel Stadtteil- oder Ortschaftskonferenzen zu veranstalten. Es sei wichtig, Menschen bereits beim Übergang vom Berufsleben in die Rente Möglichkeiten zu bieten, sich einzubringen. Dringend notwendig sei zudem eine Mitsprache in Pflegeheimen. Außerdem wies Vogt-Janssen darauf hin, dass es bei der digitalen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren noch erhebliche Defizite gebe. Ältere müssten analog wie digital ernst genommen werden.



„Wenn Altenhilfe eine gesetzliche Pflichtaufgabe wäre, könnten die Kommunen ganz anders agieren.“

*Dagmar Vogt-Janssen, Leiterin des
Fachbereichs Senioren der Stadt
Hannover*

„Jeder Mensch möchte wahrgenommen werden, das gilt für alle Altersgruppen“, sagte Claudine Nierth vom Verein Mehr Demokratie in der Abschlussrunde. „Jeder Mensch möchte Teil der Lösung sein und nicht Teil des Problems.“ Ihrer Ansicht nach sollte die Demokratie auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und sich mitentwickeln: „Die Herausforderungen von morgen sind so immens groß, dass wir es uns gar nicht leisten können, auf die Kompetenz irgendeines Menschen zu verzichten.“

„Selbstbestimmt leben heißt nicht: ‚Staat mach mal‘. Sondern selbstbestimmt leben heißt: Mitverantwortung tragen, Mitmachen.“

Franz Müntefering, Vorsitzender der BAGSO

Franz Müntefering mahnte in seinem Schlusswort, das große Ganze nicht aus dem Auge zu verlieren und die Demokratie gegen Angriffe zu verteidigen: „Wir müssen helfen, die Demokratie stärker zu machen und sie nicht als etwas Abgestandenes von gestern zu behandeln“, sagte der BAGSO-Vorsitzende. „Wir müssen ihr helfen gegen die, die sie nicht wollen.“ Einmal mehr forderte Müntefering zur politischen Teilnahme auf: „Allen, die sagen, ich möchte gerne selbstbestimmt leben, sage ich: Das ist in Ordnung. Aber selbstbestimmt leben heißt nicht: ‚Staat mach mal‘. Sondern selbstbestimmt leben heißt: Mitverantwortung tragen, Mitmachen.“

Ausblick

Als Fazit der Fachtagung lässt sich festhalten: Ältere Menschen wollen ihren Beitrag dazu leisten, die aktuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Sie wollen mitdenken, mitgestalten und auch mitentscheiden. Die politische Teilhabe muss deshalb auf allen Ebenen und im Miteinander der Generationen gefördert werden.

In ihrem Schlusswort betonte die stellvertretende BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner, die unterschiedlichen Beteiligungsformen stellten keine Gegensätze dar. Vielmehr habe jede Form ihren Ort und ihre Aufgabe. Entscheidend sei, die unterschiedlichen Ansätze miteinander in Austausch zu bringen, und da stehe man noch ziemlich am Anfang. Görner riet Verbänden, in stärkerem Maße Menschen einbeziehen, die keine Mitglieder sind, um die Qualität der Arbeit weiter verbessern zu können. Gleichzeitig hob sie die große Bedeutung von Organisationen und Institutionen hervor: Sie seien dauerhafter als Bewegungen, und ihre verlässlichen Strukturen stellten eine Voraussetzung dafür dar, Dinge zu verändern und voranzubringen.

„Nur wenn wir es schaffen, Menschen zu organisieren, haben sie eine Chance, im gesellschaftlichen Diskurs zur Kenntnis genommen zu werden.“

Dr. Regina Görner, stellvertretende Vorsitzende der BAGSO

Organisationen seien vor allem entscheidend, um in der Öffentlichkeit Gehör zu finden, sagte die stellvertretende BAGSO-Vorsitzende: „Nur wenn wir es schaffen, Menschen zu organisieren und sie gemeinsam sprachfähig zu machen, haben sie eine Chance, in der Vielfalt des gesellschaftlichen Diskurses zur Kenntnis genommen zu werden.“ Görner verwies darauf, dass Verbände insbesondere auch denjenigen Menschen eine Stimme verleihen können, die sonst hinten runterfallen.

Sie kritisierte, dass diejenigen Organisationen, die sich gut Gehör verschafften, alle aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Erwerbsarbeit stammten und sich auf eine bestimmte Lebensphase konzentrierten. „Wir wollen aber jenseits der gesetzlichen Altersgrenze nicht damit aufhören, an dieser Gesellschaft zu arbeiten“, erklärte die stellvertretende BAGSO-Vorsitzende. „Und deshalb sollten wir auch vernünftige Beteiligungsstrukturen dafür einfordern.“

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

Kontakt

BAGSO
**Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.**

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 02 28 / 24 99 93 0
Fax 02 28 / 24 99 93 20
kontakt@bagso.de
www.bagso.de

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend